

MEDIENAUSSENDUNG

8. März 2024

Salzburger Erklärung am Waldbauerntag unterzeichnet

Schluss mit bürokratischen Schikanen gegenüber heimischen Waldeigentümern!

Beim Salzburger Waldbauerntag heute, Freitag, den 8. März im Heffterhof in Parsch hagelte es massive Kritik an den neuen EU-Regelungen, die im Rahmen des Green Deals auf den Weg gebracht wurden.

Rupert Quehenberger, Präsident der LK Salzburg: „Die neue EU-Entwaldungsverordnung und das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur sind skandalös und bewirken sogar das Gegenteil von dem, was man eigentlich erzielen wollte, nämlich den Schutz der Wälder. Und die wirtschaftlichen Verluste, weil das Holz nicht mehr genutzt werden darf, sondern im Wald verrottet, treffen Waldbesitzer und die Bevölkerung gleichermaßen. Für die Waldbesitzer wird die Waldpflege zum Kostenfaktor, gleichzeitig wird sich Brenn- und Bauholz für die Menschen unnötig verteuern“, ist der LK-Präsident überzeugt. Das bedeutet auch, dass Waldspaziergänge immer mehr zur Gefahr werden, weil in neuen Schutzgebieten und auch in allen anderen Wäldern die Pflege zurückgefahren wird.

„Salzburger Erklärung“ für Subsidiarität und gegen bürokratische Schikanen

Anlässlich des Salzburger Waldbauerntages wurde daher die Unterzeichnung einer Erklärung durch **Österreichs Agrarminister Norbert Totschnig** und die **bayrische Staatsministerin Michaela Kaniber** initiiert. Die „Salzburger Erklärung“ ist eine Charta für den Schutz unserer Wälder und die Selbstbestimmung über die Waldbewirtschaftung in Österreich und Bayern. Gefordert wird darin eine europäische Politik, die den Waldbesitzern bei der nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege der Wälder unter die Arme greift und die an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet ist. Anstatt sie durch immer neue überzogene Vorgaben zu gängeln, brauche es für klimastabile, zukunftsfähige Wälder die Einbindung der Waldbesitzer im Rahmen eines strukturierten

Einwilligung DSGVO

Die LK Salzburg verwendet Ihre E-Mail-Adresse aufgrund einer bestehenden Geschäftsbeziehung. In unserer Datenbank sind neben der Mail-Adresse auch Ihr Name und Ihre berufliche Telefonnummer gespeichert. Falls Sie Ihre Zustimmung widerrufen wollen und keine weiteren elektronischen Aussendungen von uns erhalten möchten, können Sie Ihre Adresse durch ein kurzes Infomail an presse@lk-salzburg.at jederzeit austragen. In diesem Fall werden Ihre Adresse und sämtliche weitere Kontaktdaten aus unserer Datenbank vollständig entfernt.

Kontakt bei Rückfragen zum Thema:

Forstmeister Dipl.-Ing. Gregor Grill, Tel. 0664/6025950271

Kontakt Pressestelle: Sekretariat, Tel. 0662/870571-233, presse@lk-salzburg.at

Dialogs. Die Eindämmung der globalen Entwaldung und Waldschädigung könne nicht mit bürokratischen Schikanen gegen die vielen Waldeigentümer in Österreich und Bayern erreicht werden, daher müsse u. a. umgehend eine Revision der Entwaldungsverordnung vorgelegt werden.

Quehenberger: EU-Regelung absurd und überzogen

In der aktuell geplanten Entwaldungsverordnung müssten auch in Österreich künftig aufwendige Nachweise erbracht werden, dass für die Produktion kein Wald gerodet werden musste. Rupert Quehenberger: „Das ist völlig absurd und überzogen, weil es dieses Problem bei uns überhaupt nicht gibt. In Österreich dehnt sich der Wald jährlich um 3.500 Fußballfelder aus. Kein Waldbesitzer hat daher Verständnis, dass es zusätzliche Nachweise inkl. GPS-Verortung der gefälltten Bäume braucht. Die Bauernproteste haben gezeigt, dass es mit sinnlosen Vorschriften reicht, wir verschwenden wertvolle Energie und Zeit, ohne irgendeinen Mehrwert zu schaffen. Damit wird am Ende des Tages nur die Kritik an der EU größer, anstatt die europäische Idee von Frieden und Wohlstand zu stärken“, so der LK-Präsident.

Petition startet: Waldbewirtschaftung darf kein bürokratischer Spießrutenlauf werden

Die „Salzburger Erklärung“ am Waldbauerntag war auch der Startschuss für eine europaweite Petition gegen überzogene EU-Regelungen in der Forstwirtschaft. Die Bewirtschaftung der Wälder darf nicht zu einem bürokratischen Spießrutenlauf werden. Die Petition kann ab der kommenden Woche auch online unterzeichnet werden.